

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache 20(17)22

Stellungnahme Yilmaz Kaba zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Völkermord an den Jesiden“ am 20. Juni 2022 - Teil I

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Abgeordnete des deutschen Bundestags,
sehr geehrte Vertreter des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe,
sehr geehrte geladene Sachverständige,

gerne möchte ich zu Beginn meiner Stellungnahme erwähnen, auch wenn dieser wichtige Ausschuss die Anerkennung nicht beschließt, aber wir die Möglichkeit haben, hier über den Genozid zu sprechen, dass das Vorhaben der Anerkennung des Völkermords an den Eziden ein richtiger und wichtiger Schritt für den Schutz und die Verteidigung der Menschenrechte ist. Wir haben eine große Verantwortung für und Verpflichtung gegenüber der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Mit- und Zwischenmenschlichkeit. Dies gilt ganz besonders für Deutschland, da die meisten Eziden außerhalb ihrer ursprünglichen Heimat und sehr viele hier in diesem Land leben.

Wir können gemeinsam ein Zeichen setzen – ein Zeichen der Geschlossenheit, der klaren Botschaft: in unserer Weltanschauung gibt es keinen Platz für weitere Völkermorde, für weitere Kriegsverbrechen und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Für die Eziden, die am stärksten betroffene und bedrohte Glaubensgemeinschaft, ist die Anerkennung des Völkermords ein zentrales Thema. Der Völkermord an den Eziden ist allgegenwärtig und begleitet ihre Glaubensgemeinschaft in allen Hinsichten, leider vor allem in negativen. Besonders erschüttert hat die Eziden, dass der IS ohne jegliche Gegenwehr agieren konnte.

Wir, die u. a. im NAV-YEK organisierten Eziden, befürworten die Anerkennung des Völkermords. Aber nicht nur wir, sondern viele unserer befreundeten Glaubens- und Religionsgemeinschaften sowie Bevölkerungsgruppen, die auch tatkräftig mit ihren Mitgliedern die Petition zur Anerkennung des Völkermords an den Eziden, unterstützt haben.

Ich war vor 2 Wochen als Mitglied einer Friedensdelegation im Nordirak unterwegs. Dort habe ich mit vielen Vertretern politischer Parteien und Organisationen, Fraktionen aus dem Regionalparlament Irakisch Kurdistans, mit Gesellschafts- und Wirtschaftsexperten gesprochen. Wir hatten auch die Möglichkeit, mit Vertretern aus Rojava, sprich, der Vertretung der Selbstverwaltung von Nord - und Ostsyrien zu sprechen. Das erwähne ich hier bewusst, weil sie uns viel über den IS und dessen Netzwerke sowie über die Brutstätten des IS erzählen konnten. Ich möchte keine Ängste schüren, aber die Realität ist, dass die große Gefahr besteht, dass der IS stärker denn je erneut die Region terrorisieren wird.

Ein weiteres wichtiges Treffen war mit den Vertretern der Eziden in der Region. Sie beklagten vor allem, dass bisher die Aufarbeitung des Völkermordes von Seiten der Regional- und auch der Zentralregierung nicht stattgefunden hat. Die Um- und Zustände, in der die Eziden leben/überleben müssen, sind dramatisch. Sie sind alles andere als menschenwürdig – ganz im Gegenteil, sie sind menschenverachtend. Die meisten Eziden leben in Geflüchtetenlagern und das seit acht Jahren – ohne jegliche Perspektive. Die Rückkehr nach Sinjar/Sengal wird in vielen Hinsichten erschwert. Und diejenigen, die in Sinjar/Sengal und Umgebung verblieben sind, sind immer wieder durch militärische Angriffe bedroht.

Die Eziden fühlen sich immer noch allein gelassen, vor allem im großen Pool der regionalen Politik, die die Eziden immer wieder, ohne ihre Einbeziehung, zum Spielball politischer Absichten und Interessen macht.

Die Eziden schauen daher vor allem auf die internationale Politikbühne. Aber ihnen ist auch klar, dass ein Dialog unabdingbar ist. Sie sind trotz der Erfahrungen des Völkermords offen für Gespräche mit den regionalen und auch zentralen Akteuren im Irak – auf Augenhöhe.

Ich könnte von meiner Reise noch weit mehr berichten. Gerne gehe ich im Nachhinein auf Nachfragen ein. Zunächst möchte ich die Fragen der Fraktion, die mich als Sachverständigen eingeladen hat, versuchen, zu beantworten, da auch ich der Ansicht bin, dass – um die gegen die Eziden wie auch gegen Angehörige aller anderen Religionsgemeinschaften in der Region begangenen Verbrechen zu verstehen – die Hintergründe beleuchtet werden müssen.

Welche Einflussfaktoren haben den Terror des so genannten Islamischen Staates und ideologisch mit ihm verwandter Kräfte im Irak und in Syrien bedingt und welche diesbezügliche politische Verantwortung kommt den westlichen Industrienationen und insbesondere der deutschen Bundesregierung zu? (DIE LINKE.)

Der so genannte Islamische Staat, der den Völkermord an den Jesiden verübt hat, konnte nur vor dem Hintergrund der Politik der westlichen Industrienationen und insbesondere der USA in der und gegenüber der Region des Nahen und Mittleren Ostens entstehen und erst Recht nur bis hin zur Pseudo-Staatlichkeit erstarken und massive Gebietsgewinne machen. Die Ursprünge des IS und anderer ihm ideologisch verwandter radikaler Kräfte sind bei der al-Qaida zu suchen. Aus dieser entstand der „Islamische Staat im Irak“, der später zum „Islamischen Staat im Irak und in der Levante“ und dann zum IS werden sollte.

Ohne die US-geführte Intervention im Irak 2003 und die anschließende Besatzung wäre die Entstehung des IS so kaum möglich gewesen. Dies liegt einerseits daran, dass im Irak sämtliche gesellschaftliche, politische und auch militärische Strukturen durch die US-amerikanische „Zivilverwaltung“ unter Paul Bremer zerschlagen wurden. Insbesondere in der sunnitischen Religionsgemeinschaft, die als solche quasi für die Verbrechen Saddam Husseins in Mitverantwortung gezogen wurde, wuchsen Verzweiflung und Hass auf die Besatzer, was durch u.a. in Abu Ghraib begangene Folter noch einmal verschärft wurde. Eine Versöhnung der Konfessionen fand unter der Besatzung nicht statt. Der zukünftige IS fand somit einen – nicht zuletzt durch Intervention und Besatzung geschaffenen – Nährboden vor, auf dem er wachsen konnte. Die militärische Führung des IS rekrutierte sich im Wesentlichen aus der alten Generalität Saddam Husseins.

Begünstigt wurde das Erstarken des IS zudem durch den Krieg in Syrien und die Versuche westlicher Industrienationen, der Golfstaaten und der Türkei, die Regierung von Bashar al-Assad zu stürzen.¹ Auch fielen dem IS – genau wie anderen radikalen Kräften wie der Nusra-Front – letztlich die Vielzahl derjenigen Waffen in die Hände, die seit Anfang 2012 unter Aufsicht der CIA und von Saudi-Arabien, der Türkei und Katar nach Syrien geschmuggelt wurden. Beschrieben hat dies der US-amerikanische Investigativjournalist Seymour Hersh schon im April 2014 unter dem Titel „The Red Line and the Rat Line“ ausführlich und auf der Grundlage von Geheimdienstquellen, darunter ein Bericht des für Geheimdienstangelegenheiten zuständigen Senatsausschusses vom September 2012.² Sogar in den Besitz der für die Produktion von Sarin notwendigen Stoffe als auch des technischen Know-Hows konnten radikale Kräfte wie die Nusra-Front, von der zahlreiche Kämpfer später zum IS überliefen, gelangen.³

Eine Mitverantwortung tragen zudem die westlichen Industrienationen, auch die Bundesregierung, weil nicht ausreichend der Radikalisierung junger Menschen, die später zum IS ausreisten, entgegengewirkt wurde und man deren Ausreise nicht verhinderte.

Welche Bedingungen müssten in der Region des Nahen und Mittleren Ostens geschaffen werden, damit ein erneutes Erstarken radikaler Kräfte wie des so genannten Islamischen Staates verhindert wird, und in welcher Hinsicht sollten die deutsche Bundesregierung und

¹ Dafür, dass ein Regime-Change in Syrien geplant war, gibt es zahlreiche Belege, darunter von Wikileaks im Jahr 2006 veröffentlichte Depeschen der US-amerikanischen Botschaft in Damaskus oder Äußerungen des US-Generals Wesley Clark aus dem Jahr 2007.

² <https://www.lrb.co.uk/v36/n08/seymour-m-hersh/the-red-line-and-the-rat-line>.

³ <https://www.lrb.co.uk/v35/n24/seymour-m-hersh/whose-sarin>.

die EU ihre bislang verfolgte Politik ändern, um dort nachhaltige gesellschaftliche und politische Stabilität zu befördern? (DIE LINKE.)

Die Politik der westlichen Industrienationen gegenüber der Region des Nahen und Mittleren Ostens muss sich grundlegend ändern. Dazu gehört weniger Einmischung von außen und ein Ende der Verfolgung geopolitischer Interessen in der Region und insbesondere von Regime-Change-Versuchen. Dazu gehört insbesondere auch eine weniger enge Kooperation mit denjenigen, die den IS erst ermöglicht und teilweise auch aufgebaut haben. Es gilt, die Rolle insbesondere der Regierungen Saudi-Arabiens, Katars und der Türkei für das Erstarken des IS und ihm ideologisch verwandter Kräfte lückenlos aufzuarbeiten und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Die Interventionen und Besatzungen des türkischen Militärs sowohl in Syrien als auch dem Nordirak müssen unmissverständlich verurteilt und auf ein Ende dieser Völkerrechtsbrüche hingewirkt werden.

Die Politik gegenüber der Region des Nahen und Mittleren Ostens muss zukünftig darauf ausgerichtet werden, dort Versöhnungsprozesse zu ermöglichen und zu fördern und sich für eine echte Partizipation religiöser Minderheiten wie der Eziden einzusetzen. Dies darf aber keinesfalls mit militärischen Mitteln verfolgt werden. Militärische Interventionen und Besatzungen haben erst zu der Situation geführt, in der der IS und andere radikale Kräfte erstarken und der Völkermord an den Jesiden verübt werden konnte. Bei Fortführung der bisherigen Politik steht zu befürchten, dass sich Geschichte wiederholt. Nur eine Verständigung der ethnischen und religiösen Gruppen in der Region, größtmögliche Selbstbestimmung innerhalb bestehender Staaten sowie echte Machtteilung, die Anerkennung von Minderheitenrechten und echte Partizipation von Minderheiten wie den Jesiden an Entscheidungsprozessen sind geeignet, Frieden zu schaffen.

(Strafrechtliche) Aufarbeitung

Ist aus juristischer Sicht der Straftatbestand des Völkermords an den Jesid*innen im Falle der Gräueltaten der IS seit dem Jahr 2014 in der nordirakischen Stadt Sindschar erfüllt und falls ja, auf welche nationale und internationale Rechtsprechung lässt sich die Anerkennung dieses Völkermords stützen? (SPD)

Schon im Frühjahr 2015 berichtete das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) von Verbrechen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) an den Jesiden im Irak und Syrien. Diese könnten, so der dazugehörige Bericht aus dem gleichen Jahr, einem Völkermord gleichkommen. Die Untersuchung einer vom UN-Menschenrechtsrat berufenen Kommission (Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic) bekräftigt diese Vermutung nun und definiert die Verbrechen als Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. In einer außergewöhnlich klaren Positionierung geht der Bericht der Untersuchungskommission (They Came to Destroy: ISIS Crimes against the Yazidis) sogar noch einen Schritt weiter und stellt fest, dass der Völkermord weiterhin andauert.

Deutschland würde sich mit einer Anerkennung der Verbrechen gegen die Jesiden als Völkermord mehreren Ländern, die den Genozid anerkannt haben, anschließen, wie z.B. Großbritannien (2016) Belgien (2021), Holland (2021), Armenien (2018) und Irak (2021).

Alle Kriterien zur Erfüllung der Definition eines Genozids der UN-Konvention zur Anerkennung von Genozid vom Januar 1951 wurden im Falle der Eziden zahlreich belegt und dokumentiert.

Was kann die Strafjustiz durch die Anerkennung eines Völkermords in diesem Falle für die Aufarbeitung des Völkermords, aber auch für die Versöhnung und die Herstellung der Gerechtigkeit leisten? (SPD)

Die Anerkennung eines Genozids ist ein erster Schritt, die Leiden einer Gemeinschaft zur Kenntnis zu nehmen. Noch immer leiden die Jesiden an dem Trauma des Genozids. Es werden

noch tausende Frauen und Kinder vermisst. Die Behandlung der Straftaten durch die Strafjustiz kann behilflich sein, das noch herrschende Trauma besser aufzuarbeiten und ferner das Gefühl der Gerechtigkeit in der jesidischen Gemeinschaft stärken. Auch würde sich die jesidische Bevölkerung nicht weiter allein gelassen fühlen. Eine strafrechtliche Verfolgung von IS-Tätern sowie derer, die hinter dem IS stehen, ist als klares Zeichen dafür nötig, dass die Bundesrepublik das Recht und die Justiz über politische Interessen stellt.

Gerechtigkeit gilt zwar primär den Opfern des Genozids. Es ist jedoch darüber hinaus auch ein wichtiges Signal an die Welt, dass Ungerechtigkeit und Verbrechen nicht akzeptiert und toleriert werden. Potentielle und tatsächliche Täterinnen und Täter sollen wissen, dass ihre Gräueltaten niemals versteckt und geduldet werden.

Mittels welcher Verfahren konnten bislang Indizien gesammelt werden, die den Völkermord an den Jesiden im Sinne der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen nachweisen und liegen gleichfalls Beweise dafür vor, dass weitere religiöse Minderheiten wie z. B. Christen, Schabak, Mandäer u. a. vom sog. Islamischen Staat ausgelöscht werden sollten? (CDU/CSU)

Sowohl mehrere Kommissionen der UN als auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen haben vor Ort Untersuchungen angestellt und ihre Ergebnisse dokumentiert, die als Berichte den zuständigen Gremien wie Parlamenten und international relevanten Organisationen vorgelegt worden sind. Da die Ezidinnen und Eziden in Sinjar/Şengal irakische Staatsbürger:innen sind, konnten die Zahlen der Ermordeten und Verschleppten festgestellt werden. Außerdem gibt es ein breites Archiv der YPG/YPJ mit Dokumenten und Aussagen von IS-Gefangenen, die an dem Genozid beteiligt waren.

Von besonderer Relevanz ist eine gute Zusammenarbeit zwischen staatlichen und internationalen Behörden und der esidischen Gesellschaft bei der Aufarbeitung der begangenen Verbrechen und des Völkermords. Die Eziden müssen unbedingt Teil des Prozesses der Dokumentation und Aufarbeitung sein.

Welche Möglichkeiten hat eine multi-ethnische und multi-religiöse konflikt sensible Aufarbeitung des Genozids an den Jesid*innen mit und für Überlebende und ihre Angehörigen, um ihnen (juristische) Gerechtigkeit für die an ihnen vom IS verübten genozidalen Verbrechen zuteilwerden zu lassen und um ihnen auf diese Weise ein Stück weit zu einem würdevollen selbstbestimmten Leben zu verhelfen und welche Unterstützung kann die deutsche Bundesregierung und der Deutsche Bundestag dazu leisten? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sowohl die Bundesregierung als auch mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen haben bislang Projekte für die Opfer in Sinjar/Şengal und den Flüchtlingslagern in der kurdischen Region des Irak geleistet. Neben psychologischer Aufarbeitung mit besonderem Augenmerk auf Frauen sind als besonders zu begrüßende Projekte Schulungen in verschiedenen Berufsfeldern zu erwähnen.

Es sollte ab jetzt vor allem darum gehen, das angeschlagene Selbstbewusstsein der jesidischen Gemeinschaft wiederherzustellen. Dafür sollte den Jesiden die Möglichkeit eines Sonderstatuts innerhalb der irakischen Verfassung gewährleistet werden. Die Bundesregierung kann hierauf über ihre bilateralen Beziehungen mit dem Irak, aber auch über die UNAMI, gemeinsam mit den Vertretern der jesidischen Organisationen hinwirken. Ziel muss sein, die Jesiden, die sich mitten in der Konfliktzone um das historisch ungelöste Problem Spannungsfeld Mossul befinden, in die Lage zu versetzen, sich in Kooperation mit der irakischen Regierung und der Unterstützung internationaler Hilfs- und Menschenrechts-Organisationen zukünftig schützen zu können – hier ist ausdrücklich keine militärische Unterstützung von außen gemeint ist.

Das Erbil-Bagdad-Abkommen, das im Oktober 2020 ohne die Einbindung der ezidischen Bevölkerung getroffen wurde und bestehende Strukturen, die im Zuge des Machtvakuumms geschaffen worden sind, vollkommen ignoriert, wird die Probleme vor Ort erhöhen. Die Eziden müssen in die Entscheidungen um die Zukunft in Sinjar/Şengal aktiv eingebunden werden.

Welche Verantwortung und Rolle kommt insbesondere der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen und Verantwortung in der internationalen Staatengemeinschaft bei der Aufarbeitung des Genozids an den Jesid*innen zu und wie kann eine feministische Außenpolitik Mädchen und Frauen in ihrer Rolle als agents of change in der Region vor Ort und in der internationalen Gemeinschaft stärken und befähigen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesrepublik kann über ihre Beziehungen zum Irak, aber auch mit der KRI, auf der Grundlage des eigenen föderalen Systems Anregungen geben. Denn gegenwärtig wird eine solche Struktur sowohl in Bagdad als auch in Erbil/Hewlêr sehr kritisch gesehen. Die Jesiden brauchen aber nicht nur humanitäre und psychologische Hilfe, sondern auch einen gesicherten Status und ein innerhalb der irakischen Verfassung geregeltes Recht auf Selbstbestimmung. Deutschland könnte durch den Transport eigener Erfahrungen einen großen und wertvollen Beitrag für die Sicherheit und Selbstbestimmtheit bedrohter Glaubensgemeinschaften in der Region leisten und dadurch auch die internationale Staatengemeinschaft motivieren.

Bezüglich der Frauen ist von primärer Bedeutung, die jesidischen Traditionen und Normen bei allen internationalen Hilfsprojekten zu berücksichtigen. Nach dem Genozid ist das Trauma des IS-Verbrechens immer noch präsent. Es gilt, jezidische Frauenprojekte zu fördern, ihre Stimme auch international hörbarer zu machen und die autonomen selbstorganisierten jesidischen Fraueninitiativen und Frauenräte zu fördern und einen Erfahrungsaustausch mit Frauenorganisationen in Deutschland und anderen Ländern in den Bereichen Politik, internationales Recht, Kunst und Kultur zu organisieren. Damit sollte einerseits die gesellschaftliche, andererseits die politische Isolation beendet werden. Wichtig könnte für die Stärkung jezidischer Frauen auch sein, diese mit anderen Frauen, die Opfer von sexualisierter Gewalt wie in Ruanda, Bosnien, etc. geworden sind, zu vernetzen.

Jahre nach dem Genozid am jesidischen Volk wurden der Völkermord, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Kriegsverbrechen nach wie vor nicht oder lediglich mangelhaft aufgearbeitet. Zwar stellt der Prozess am OLG Frankfurt auf Basis des Weltrechtsprinzips einen Meilenstein in dieser Hinsicht dar, nichtsdestotrotz bleibt ein Großteil der Täter*innen ungestraft. Gleichzeitig verdeutlicht der Fall, dass Verfahren nach dem Weltrechtsprinzip überaus aufwendig und eine rechtliche Herausforderung sind. Was können/müssen Deutschland und die internationale Gemeinschaft tun, um zu begünstigen, dass in Zukunft weitere Verfahren dieser Art angestoßen werden und um insgesamt der Straflosigkeit in diesem konkreten Fall entgegenzuwirken und die Täter*innen zur Rechenschaft zu ziehen? (FDP)

Aus der Sicht der jezidischen Gesellschaft war der Prozess am OLG Frankfurt gegen Täter des IS ausgesprochen wichtig. Denn für die Bearbeitung der Traumata ist es von großer Bedeutung, dass die Täter des IS nicht straffrei ausgehen. Dies sollte auch in anderen EU-Staaten nicht weiter der Fall sein. Auf EU-Ebene sollte eine Sonderkommission eingerichtet werden, die IS-Täter ausfindig macht und dafür eintritt, dass ihnen auch in anderen Ländern der Prozess gemacht wird.

Allerdings müssen auch die Hintermänner zur Verantwortung gezogen werden: diejenigen, die den IS politisch unterstützt und ihm – auch im Geheimen – Waffen haben zukommen lassen.

Folgen der Anerkennung der Verbrechen als Völkermord

Was bedeutet eine mögliche Anerkennung des Völkermords an Jesiden*innen für die jesidische Gemeinde in Deutschland, für die Aufarbeitung des Völkermords, die Versöhnung, die Herstellung von Gerechtigkeit und das friedliche Zusammenleben in Deutschland? Was erwartet die jesidische

Gemeinde in Deutschland von der Politik, um zukünftige Verbrechen wie den Völkermord an den Jesid*innen zu verhindern? (SPD)

Seit den 1960er Jahren sind Eziden ein Teil der Bevölkerung Deutschlands. Viele Eziden haben die deutsche Staatsangehörigkeit und nehmen Deutschland als ihre neue vor allem sichere Heimat wahr.

Die Eziden als Glaubensgemeinschaft sind offen für die Partizipation/Integration in Deutschland. Sie sind heute, wie zum Beispiel in Celle oder in einigen anderen Städten in Deutschland, ein Teil der Bevölkerung, des Alltags und haben sich in allen Bereichen des alltäglichen Lebens mit eingebracht. Es ist vor allem die 2. und 3. Generation der Eziden in Deutschland, die sich als fester Bestandteil der BRD sieht.

Wichtig ist jedoch, dass diese Menschen auch auf Augenhöhe wahrgenommen werden. Mit der Anerkennung und Aufarbeitung des Genozids wird ein richtiger und wichtiger Schritt getan, um den Eziden zu bestätigen, dass sie nicht allein sind und dass Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Konsequenzen haben.

Die Eziden als Glaubensgemeinschaft waren und sind in vielen Hinsichten offen für das Zusammenleben in Deutschland. Es gibt kaum eine andere Gruppe mit Migrationshintergrund, die sich so intensiv in die Gesellschaft miteinbringt – sprachlich, beruflich, wissenschaftlich, wirtschaftlich, etc.

Einige Erwartungen der in Deutschland lebenden Eziden sind u. a.:

- Die Anerkennung des Völkermords
- Die Anerkennung der Eziden als eigenständige Glaubensgemeinschaft
- Die Anerkennung ihrer Sprache als eigenständige Sprache
- Der Schutz der Eziden hierzulande aber auch der in ihrer Heimat Verbliebenen
- Der Wiederaufbau der Hauptsiedlungsgebiete der Eziden in ihrer Heimat
- Dass die internationalen Möglichkeiten der Diplomatie für eine Anerkennung der Eziden in den Staaten, in denen sie leben, auf Augenhöhe eingesetzt werden und dass sie nicht nur als Opfer wahrgenommen werden.
- Die Förderung von Projekten zum Erhalt der Eziden und des Ezidentums (Sprache, Kultur, etc.)

Welche wesentlichen Auswirkungen messen Sie der breiten internationalen Anerkennung der durch den sog. Islamischen Staat verübten brutalen Verbrechen an der religiösen Minderheit der Jesiden als Völkermord im Hinblick auf die Opfer, die Täter und deren Strafverfolgung sowie die Eindämmung der Gefahr zukünftig drohender Völkermorde bei? (CDU/CSU)

Eine internationale Anerkennung des gegen die Jesiden begangenen Genozids wäre äußerst wichtig für die Bewältigung des bis heute fortwirkenden Traumas. Wirkliche Gerechtigkeit müsste allerdings weitergehen: der IS, seine Entstehung, seine Unterstützer und Förderer sowie relevanten Akteure müssen lückenlos aufgedeckt werden und die strafrechtliche Verfolgung darf nicht weiter so schleppend vorangehen.

Auf die Anerkennung muss zudem umfassende Hilfe beim Wiederaufbau folgen. Wenn dies nicht geschieht, besteht die ernsthafte Gefahr, dass die Eziden auch noch ihr letztes Siedlungsgebiet verlieren. Ein Verlust gesellschaftlicher Vielfalt wäre auch eine Gefahr für den Irak, der diese braucht, um zu einem stabilen, demokratischen Staat zu werden.

Was sind die rechtlichen Konsequenzen und politischen Auswirkungen einer Anerkennung des Völkermordes an den Jesiden durch den Bundestag? (AfD)

Für die Eziden wäre eine Anerkennung für die Traumabewältigung wichtig. Dazu gehören müsste aber neben der Strafverfolgung von Individuen auch das Aufdecken jener Kräfte, die den IS unterstützen, sein, egal ob dies wiederum Individuen, Netzwerke oder Staaten sind.

Unterstützung für die Opfer

Im Rahmen des vom IS verübten Genozids wurden tausende von jesidischen Frauen und Mädchen vergewaltigt, versklavt oder verkauft. Befreite Frauen, die von den Terroristen vergewaltigt wurden und häufig in Folge dessen Kinder bekommen haben, wurden oftmals von ihren Familien verstoßen. Viele von ihnen leiden noch heute unter den traumatischen Erfahrungen; in vielen Fällen sind die Betroffenen erst Jahre später offen für eine psychotherapeutische Betreuung. Welche Möglichkeiten und Anlaufstellen gab es zum einen und gibt es zum anderen auch Jahre nach dem Völkermord (in Anlehnung an frühere Initiativen - s. z.B. das Projekt „Sonderkontingent für besonders schutzwürdige Frauen und Kinder aus dem Nordirak“) auf deutscher und internationaler Ebene, um diese Opfer bedarfsgerecht bei der Bewältigung ihrer Traumata zu unterstützen? (FDP)

Die Unterstützung muss dringend – auch mit internationaler Hilfe – ausgebaut werden. In Sinjar/Şengal gibt es viel zu wenige Unterstützungseinrichtungen, es gibt dort nicht eine einzige Frauenklinik.

Bedeutend ist, dass bei Traumatherapien nicht nur das Individuum betrachtet werden darf, sondern die gesamte traumatisierte Gruppe in den Blick genommen wird. Dies gilt gerade bei einem Genozid, in dem das Individuum per Definition nicht von der Gruppe getrennt in den Blick genommen werden kann. Diesbezüglich muss dringend ein Umdenken erfolgen.

Kontext der Verbrechen und politische Schlussfolgerungen

Was sind die kulturellen, religiösen und politischen Hintergründe, dass die Jesiden aus ihrem historischen Kernsiedlungsgebiet im Nordirak ausgelöscht oder vertrieben werden sollten? (AfD)

Der IS hat die Auslöschung der Eziden sowohl aus ideologischen als auch aus geostrategischen Interessen betrieben. Mit „religiösen“ Hintergründen, also mit dem Islam als Religion, ist dies aber keinesfalls zu begründen.